

SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Freiherr-vom-Stein-Platz 1 | 48147 Münster

Politik und Verwaltung müssen jetzt Krise können

* * * * *

Rede anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für das Jahr 2023

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sperrfrist: Dienstag, 20. Dezember 2022, 10.00 Uhr

MÖGLICH MACHEN!

SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Freiherr-vom-Stein-Platz 1
48147 Münster

Telefon: 0251 591-244
Fax: 0251 591-270
Bank: Sparkasse Münsterland Ost
IBAN: DE04 4005 0150 0000 5829 57

Fraktionsvorsitzender:
Karsten Koch
Fraktionsgeschäftsführerin:
Anneli Hegerfeld-Reckert

lwl-spd.de

Anrede

Heute beschließt die Landschaftsversammlung bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr einen Haushalt, es ist erst der zweite Haushalt der laufenden Wahlperiode überhaupt und es wird der zweite Haushalt sein, den die LWLSPD-Fraktion als größte Oppositionspartei mittragen wird. Unsere Zustimmung signalisiere ich ganz bewusst zu Beginn meiner Ausführungen, weil es unserem Selbstverständnis entspricht, mit offenem Visier anzutreten.

Es ist nicht unsere Aufgabe, dem mehrheitsbildenden schwarz-grünen Bündnis im LWL bedingungslos um jeden Preis zu folgen. Das tun wir auch nicht. Aus Sicht der LWLSPD-Fraktion ist es aber gerade beim Haushalt notwendiger denn je, die Reihen der demokratischen Fraktionen zu schließen; denn wir befinden uns in einer tiefgreifenden Krise, vermutlich sogar in einer Krise größter Verwerfungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Erstaunlicherweise sind es die Grünen, die häufig eher Wert auf das Trennende denn auf das Verbindende legen.

Anders als bei der Corona-Pandemie, die wir wirtschaftlich verhältnismäßig robust überstanden haben und die nun durch den hohen Immunisierungsgrad der Bevölkerung ihren tödlichen Schrecken verloren hat, verändert sich unsere Welt nun vermutlich für immer. Bundeskanzler Olaf Scholz hat Recht, dass der russische Überfall auf die Ukraine eine Zeitenwende markiert. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands bedroht die gesamte Nachkriegsordnung. Unsere Welt ist aus den Fugen geraten.

Die Ukraine wird seit dem 24. Februar permanent angegriffen und bombardiert, Menschen werden getötet, verletzt und in die Flucht getrieben. Die Infrastruktur und Wohngebäude werden gnadenlos zerstört. Der Hunger in der Welt ist zum Kriegsinstrument geworden und mit dem Ende der Gaslieferungen wurde die Energieversorgung in weiten Teilen Europas vollends auf den Kopf gestellt. Die Welt vor dem 24. Februar gibt es nicht mehr und es wird sie so auch nicht mehr geben. Wir sind tatsächlich Zeuginnen und Zeugen einer Zeitenwende.

Die Folgen spüren wir auch in Westfalen-Lippe schon jetzt als kommunale Familie in vielfältiger Weise. In den Städten und Gemeinden sind viele Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen worden. Die genaue Zahl kennen wir nicht, weil viele Menschen auch privat untergekommen sind. Nicht alle beziehen Leistungen der Grundsicherung und tauchen deshalb in keiner Statistik auf. Wir wissen jedoch, dass die unvermindert anhaltenden Bombardierungen die Lebensverhältnisse geradezu perspektivlos machen, so dass noch mehr Menschen ihre ukrainische Heimat verlassen und unsere Kommunen vor größte Herausforderungen gestellt werden. Das ist beileibe kein „Sozialtourismus“. Kosten und nicht immer optimale Unterbringungen sind Aspekte, die gelöst werden müssen. Aber viel mehr zählt die unermüdlich gelebte Menschlichkeit unserer Städte und Gemeinden mit ihren Bürgerinnen und Bürgern. Sie leisten Großartiges und dafür gebührt ihnen unser tiefer Dank.

Die demokratischen Fraktionen im NRW-Landtag streben eine Regionalpartnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und der Ukraine an. Damit soll der Solidarität Nordrhein-Westfalens gegenüber

der Ukraine Ausdruck verliehen werden. Ziel ist es, den hierher geflohenen und noch in der Ukraine verbliebenen Menschen regional orientiert zu helfen und ihnen beim Wiederaufbau tatkräftig zur Seite zu stehen. Die LWLSPD-Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn der LWL mit seinen besonderen Kompetenzen diese Regionalpartnerschaft unterstützt.

Natürlich sind Geflüchtete auch in Behinderten-Einrichtungen unseres Verbandsgebietes untergekommen. Dabei hat Westfalen-Lippe bundesweit einen signifikant großen Teil dieser besonders hilfsbedürftigen Menschen aufgenommen, was mit unserer besonderen Einrichtungsstruktur zu tun hat. Sie erhalten durch den LWL auch Leistungen der Eingliederungshilfe, die letztlich über die Landschaftsumlage von den Kommunen zu finanzieren sind. Auch hier gilt den vielen Beteiligten in den Einrichtungen und in der LWL-Verwaltung großer Dank für das Geleistete.

Die tiefgreifende Krise, in der wir uns befinden, erfordert ein Krisenmanagement ungeahnten Ausmaßes. Politik und Verwaltung müssen jetzt Krise können. Wir können auch im Landschaftsverband Westfalen-Lippe nicht einfach so weitermachen wie bisher.

Die Energieversorgung in unserem Land kann derzeitig nur durch konsequentes Einsparen von Energie, durch den weltweiten Einkauf von Flüssiggas, durch den Weiterbetrieb von Kohle- und Atomkraftwerken sowie durch viele europäische Solidaritätsmaßnahmen gesichert werden. Die Regierungsparteien in Bund und Ländern mussten und müssen dabei immer wieder lange verteidigte Überzeugungen zurückstellen. Es geht auch nicht anders. Den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und allen staatlichen, kommunalen und privaten Organisationen wird bis vor dem Angriffskrieg für unvorstellbar Gehaltene abverlangt. Die Energiewende mit dem Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien hat zwar an Dynamik gewonnen, aber klima- und wirtschaftspolitisch hat sie noch immer nicht das erforderliche Tempo.

Als Konsequenz hat Energie heute, morgen und auch übermorgen einen dramatisch hohen Preis, den wir alle zahlen und der für viele Menschen mit Wohlstandsverlust und nicht selten auch mit Existenz- und Zukunftsängsten verbunden ist. Der verwaltungsinterne „Krisenstab Energieversorgung“ leistet unter Einbindung der Politik das, was in dieser Situation möglich ist. Der LWL hat mit den hohen umlagerelevanten Kosten in seinen eigenen Liegenschaften und mittelbar natürlich auch mit den Kosten in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe zu kämpfen. Allein für unsere Kernverwaltung müssen wir im kommenden Jahr mit Mehrkosten von mehr als 10 Millionen Euro rechnen.

Zu den heftig steigenden Energiekosten stellen sich noch die hohen Kostenaufwüchse beim Bauen, die Störung der Lieferketten, der Zinsanstieg, die Hyperinflation mit den daraus auch für die öffentlichen Haushalte resultierenden Steigerungen der Sach- und Personalkosten. Hinzu kommt zudem die demografische Entwicklung mit dem damit verbundenen Fach- und Arbeitskräftemangel. Das sind multiple haushaltsbelastende Entwicklungen, die den Blick auf die ohnehin herausfordernden Rahmenbedingungen für die originären Verbandsaufgaben jedoch nicht trüben sollten.

Der Landschaftsverband ist sozialpolitisch in einer sehr schwierigen Lage. Zum einen wachsen uns die Ausgaben der Eingliederungshilfe über den Kopf. Zum anderen demonstrieren Eltern vor dem Landeshaus für mehr Leistungen. Ich muss Ihnen sagen, diese Eltern haben nicht Unrecht. Vor ihrer Lebensleistung habe ich großen Respekt. Sie kümmern sich um ihr behindertes Kind bis ins hohe Alter. Sie verlangen zu Recht, dass der Staat sich kümmert, wenn sie es nicht mehr schaffen können.

Klar ist aber auch: Mehr Leistungen kosten mehr Geld. Der LWL kann aber nicht gleichzeitig die Leistungen ausbauen und die Ausgaben reduzieren. Das geht nicht und damit stehen wir vor einem großen Dilemma. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Wir wollen und wir werden unsere Aufgabe erfüllen, bei denen wir fast ausschließlich Vorgaben der Gesetzgeber aus Bund und Land rechtsstaatlich umsetzen. Da helfen auch keine Schreiben von Landräten, die verzweifelt über die Belastungen durch die steigende Landschaftsumlage klagen und als Lösung die Senkung von Standards fordern. Welche gesetzlichen Standards im Bereich der Eingliederungshilfe sollen wir denn als LWL kostensparend senken? Die Forderung mag gut klingen, faktisch kann sie aber überhaupt keine Wirkung entfalten.

Wir stehen also vor dem nicht mehr lösbaren Spagat, einerseits für die sichere Betreuung von Menschen mit Behinderung Sorge zu tragen und andererseits die Finanzierung dafür in den Griff zu bekommen. Die Auflösung dieses Spagats liegt ausschließlich darin, dass man dem LWL und damit der kommunalen Familie finanziell hilft. Wir stehen gemeinsam mit den Gemeinden, Städten und Kreisen mit dem Rücken an der Wand. Kommt die Hilfe nicht, werden die Folgen für die 27 Mitgliedskörperschaften erdrosselnd sein. Während die Landschaftsumlage im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um rekordverdächtige 327 Millionen Euro auf dann 2,88 Milliarden Euro ansteigt, sollen es gemäß der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2026 bereits 3,3 Milliarden Euro an Zahllast sein. Saldiert haben die Kreise und kreisfreien Städte im Zeitraum von 2024 bis 2026 rund 837 Millionen Euro zusätzlich an Landschaftsumlage zu zahlen. Das sind finanzpolitisch finstere Perspektiven.

Bund und Land müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Lebenserwartung bei den Menschen mit Behinderungen viel dynamischer verläuft als in der Gesamtbevölkerung. Das ist gut so. Das Land kann stolz darauf sein. Der Bund kann stolz darauf sein. Wir können stolz darauf sein. Wenn aber die gesamtgesellschaftliche Aufgabe wächst, wenn also immer mehr Menschen immer länger in unserem Hilfesystem bleiben, dann muss auch die Finanzierung mitwachsen.

Über 80 Prozent der Kosten der Eingliederungshilfe basieren auf den Personalkosten der Leistungsanbieter. Der neue SuE-Tarifvertrag für Betreuungskräfte in Pflege und Behinderteneinrichtungen hat seinen systemimmanenten Preis. Gute Fachkräfte wollen und sollen auch ordentlich bezahlt werden. Insgesamt ist es aber nicht mehr leistbar, dass dieses Aufgabenwachstum allein von den schmalen Schultern unserer Kreise und kreisfreien Städte getragen werden muss. Land und Bund stehen in der Mitverantwortung für eine aufgabenadäquate Finanzierung.

Land und Bund machen die Gesetze. Land und Bund entscheiden, wie das staatliche Steueraufkommen verteilt wird. Land und Bund müssen den demographischen Zuwachs bei den Menschen mit Behinderungen berücksichtigen. Das tun sie bislang nicht genügend. Und ich wiederhole für alle, die es noch nicht gehört haben oder nicht hören wollen: Die Adressen für unsere Forderungen heißen Land und Bund. Dazu gibt es aus Sicht der LWLSPD-Fraktion jeweils klare Kernforderungen in Richtung Berlin und Düsseldorf.

Der Bund hat sich mit 5 Milliarden Euro an der Finanzierung der Eingliederungshilfe beteiligt; sie fließen jedes Jahr. 2013 entsprach das einem Drittel der Kosten der Eingliederungshilfe. Auch wenn sie aus rechtlichen Gründen nicht unmittelbar beim LWL als Träger der Eingliederungshilfe landen und so die Landschaftsumlage unmittelbar reduzieren, so sind sie dennoch im kommunalen Finanzsystem. Ihre Entlastungswirkung reduziert sich aber Jahr für Jahr, weil die Kosten ungebremst steigen und sie eben nicht dynamisiert sind. Deshalb lautet die Forderung meiner Fraktion, die Bundesbeteiligung so zu dynamisieren, dass der Bund dauerhaft mit einem Drittel an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligt ist. Statt 5 Milliarden Euro müssten es dann im kommenden Jahr bereits 7,3 Milliarden Euro sein. Der noch bis Ende 2024 dauernde Evaluationsprozess zum Bundesteilhabegesetz und die bis Ende 2025 angestrebte Berichterstattung an den Bundestag darf nicht dazu führen, dass drei Jahre lang nichts passiert.

Auch wenn das unsere Kernforderung an den Bund ist, ist dieser aber noch an anderer Stelle gefordert. Ich hatte es bereits gesagt: Menschen mit Behinderungen werden immer älter. Erstmals erreichen ganze Generationen das Rentenalter. Mit dieser Entwicklung steigen auch die Pflegebedarfe. Pflege ist aber etwas Anderes als Eingliederungshilfe. Deshalb müssen pflegebedürftige und -versicherte Menschen mit Behinderungen, die in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe leben, mit anderen (Pflege)-Versicherten bei Pflegeleistungen gleichgestellt werden.

Der geschäftsführende Vorstand meiner Fraktion ist Anfang Dezember in Berlin gewesen, um mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und unserer Bundestagsfraktion insbesondere die Dynamisierung der Bundesbeteiligung und die Neuregelung in der Pflegeversicherung, aber auch die Zukunft der Werkstätten für Menschen mit Behinderung zu besprechen. Das sind dicke Bretter, aber wir bohren sie. Die Bohrgeräusche werden Sie auch im kommenden Jahr bei etlichen Besuchen aus Berlin in Westfalen-Lippe wahrnehmen können.

Während sich der Bund wie ausgeführt inzwischen an der Finanzierung der Eingliederungshilfe beteiligt hat, hat das Land NRW im gleichen Zeitraum **nichts** getan. Die Schlüsselzuweisungen sind zwar spürbar angewachsen. Das ist allerdings ausschließlich den durch die positive konjunkturelle Entwicklung gestiegenen Verbundsteuern geschuldet, während der kommunale Steueranteil von 23 Prozent nicht erhöht worden ist. Die coronabedingten Steuereinbrüche in den Jahren 2021 und 2022 sind durch das Land nur kreditiert ausgeglichen worden. Die Kommunen müssen somit ihre eigene Rettung bezahlen. Und damit stehen wir finanzpolitisch beim Land NRW einmal mehr mit einem Fuß auf der Seife.

Die Buchhaltertricks, mit denen Kosten der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges isoliert werden können, damit die Kommunen nicht sofort, sondern etwas später ertrinken, sind ebenfalls keine echten Finanzhilfen. Nach jetzigem Stand häuft der LWL bis 2026 Isolationsbeträge von 230 Millionen Euro an, die dann das Eigenkapital reduzieren, wenn man es denn hat, oder die Landschaftsumlage über bis zu 50 Jahre erhöhen. Deshalb lautet die Forderung der LWLSPD-Fraktion, in einem ersten Schritt im Umfang von zusätzlich einem Prozent der Verbundsteuern einen eigenen Eingliederungshilfe-Ansatz im Gemeindefinanzierungsgesetz für die Landschaftsverbände zu bilden. Das würde es den beiden Landschaftsverbänden zusammen ermöglichen, die Zahllast der Landschaftsumlage sofort um 652 Millionen Euro zu senken. Das könnte das Land aus eigener Kraft beschließen. Es reicht eben nicht aus, nur nach Berlin zu schauen, ohne gleichzeitig das Land, das verfassungsrechtlich originär für die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich ist, bei der Eingliederungshilfe in die Pflicht zu nehmen. So oder so werden wir es ohne wirksame Entlastungsmaßnahmen als kommunale Familie nicht schaffen.

Die LWLSPD-Fraktion macht es sich naturgemäß mit dem Haushalt nicht zu einfach. Das hat damit zu tun, dass der Etat durch unseren Markenkern Sozialpolitik maßgeblich geprägt wird. Gutes für die Menschen tun und ein selbstbestimmtes Leben möglich machen - das sind eben Bestandteile unserer DNA. Daneben sind wir wie die CDU mit den Landrätinnen und Landräten sowie Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern stark in den Verwaltungsleitungen der 27 Mitgliedskörperschaften unseres Verbandes verortet. Da gibt es nicht nur mit dem Haushalt so etwas wie Erklärungsnotwendigkeit und Verantwortungsregress für unser Handeln. Alles, was wir haushaltswirksam beschließen, muss letztlich von den Mitgliedskörperschaften bezahlt werden. Und genau dieses Spannungsfeld, in dem jede Ebene ihre eigenen Entscheidungen treffen muss und gleichzeitig finanzwirtschaftlich miteinander verbunden ist, fordert eine besondere Verantwortungsbereitschaft für den Haushalt.

Wir haben ganz bewusst alle gefassten Baubeschlüsse und geplanten Bauprojekte auf den Prüfstand gestellt, um nicht zwingend notwendige Maßnahmen mindestens zu schieben. Die Prüfung hat allerdings auch gezeigt, dass der LWL sich konsequent am Notwendigen und nicht am Wünschenswerten orientiert. Daher verwundert es nicht, dass für 2023 keine umlagererelevanten Einsparungen zu erreichen sind.

Das Freilichtmuseum in Detmold ist ein ganz spezieller Fall. Hier fliegen uns die Kosten regelrecht um die Ohren. Aus dem ursprünglichen Baubeschluss über 38,5 Millionen Euro sind durch die Verwerfungen am Markt inzwischen über 55 Millionen Euro geworden; der genaue Betrag bleibt abzuwarten. Die Baumaßnahme ist begonnen worden und wir wollen als LWLSPD-Fraktion die Fertigstellung. Alles andere würde das Museum ruinieren. Allerdings sind wir gemeinsam mit der FDP-FW-Fraktion auf der Grundlage einer Untersuchung der Verwaltung der Auffassung, projekt- und förderunschädliche Einsparpotenziale in einer Größenordnung zwischen zwei und drei Millionen Euro ausschöpfen zu können. In diesem Umfang kann ohne Qualitätsverlust gespart werden. Unser Antrag ist allerdings von der Koalition mit dem erstaunlichen Hinweis auf mögliche Reputationsverluste in der überregionalen Fachwelt abgelehnt worden. Wir halten das für falsch und auch für

schädlich im Umgang mit unseren Mitgliedskörperschaften. Uns ist wirtschaftliche Vernunft wichtiger als scheinbare Reputation.

Ebenso intensiv haben wir uns mit dem Stellenplan auseinandergesetzt. Rund 116 neue Stellen klingen viel und deshalb haben wir über jede einzelne Stelle gesprochen. Wenn man allerdings den gesetzlichen Aufgabenzuwachs etwa durch das Wohn- und Teilhabegesetz oder das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen bewertet und die Stellenplanentwicklungen in den Mitgliedskörperschaften sowie die Drittmittelfinanzierung einbezieht, dann relativiert sich diese Zahl deutlich. Es handelt sich um einen Stellenaufwuchs, der ausschließlich den steigenden Anforderungen in nahezu sämtlichen Aufgabenbereichen der LWL-Kernverwaltung geschuldet ist. Deshalb findet der Stellenplan unsere uneingeschränkte Zustimmung.

Die laufenden Transformationsprozesse mit der Digitalisierung, dem klimaneutralen Umbau unseres Verbandes, der Energie- und Mobilitätswende sowie dem demografischen Wandel werden im kommenden Jahr fortgeführt und beanspruchen erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen. Wir unterstützen diese Entscheidungen mit der Einschätzung, dass durch die aktuelle Krise nicht alle Maßnahmen in Stein gemeißelt sind. Ob wir angesichts der Baukostensteigerungen und der beschriebenen Haushaltssituation etwa alle baulichen Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität realisieren oder eher durch bilanzielle Maßnahmen bei den erneuerbaren Energien ausgleichen, bleibt abzuwarten. Es gilt ohnehin, mehr Pragmatismus als Dogmatismus an den Tag zu legen - übrigens auch bei unserer Rolle als Player in der Energieversorgung. Wir wollen unsere eigenen Liegenschaften in größtmöglichem Umfang mit erneuerbaren Energien versorgen. Aber wir wollen schon gar nicht als Konkurrenz zu unseren Städten und Gemeinden eine Art eigener Stadtwerke oder gar eine „VEW 2.0“ errichten.

Bei dem Thema Digitalisierung und Innovation brauchen wir mehr Dynamik, damit wir unsere Aufgaben auch zukünftig umfassend wahrnehmen können. Wir glauben, dass wir hier -auch durch den Arbeitskräftemangel- getrieben- noch besser und schneller werden müssen. Wir haben für das laufende Jahr einen deutlichen Stellenzuwachs beschlossen. Jetzt gilt es, unserer Digitalisierung 2.0-Strategie einen stärkeren Wumms zu geben.

Das Programm „Housing First“ ist beschlossen. Bei der Umsetzung hakt es allerdings deutlich und bislang ist es noch zu keiner Förderung gekommen. Wenn das Projekt zur Vermeidung und Bekämpfung von Obdachlosigkeit in Westfalen-Lippe so nicht trägt, sollten wir es zügig anpassen. Wir wollen als LWLSPD-Fraktion, dass das Programm erfolgreich ist.

Im Zuge der Haushaltsberatungen für das kommende Jahr ist überraschenderweise auch ein Zuschuss in Höhe von 60.000 Euro für die Westfälische Bibliothek der Hörmedien für blinde, seh- und lesebehinderte Menschen beschlossen, zahlungswirksam noch im Jahr 2022. Die Entscheidung selbst haben wir mitgetragen. Überraschend war die Anerkennung verdienende Argumentation der CDU-Fraktion zu dieser Maßnahme, die mit ihren Ausführungen eine ausgezeichnete Blaupause für

die Förderung künftiger sozialpolitischer Anliegen geliefert hat. Das nimmt meine Fraktion dankbar auf.

Dieser Haushalt trägt zwar eine neue Unterschrift, aber noch immer eine erkennbare Handschrift der LWLSPD. Letztlich galt es, am Schluss der Haushaltsberatungen den Weg noch so zu ebnen, dass die LWLSPD-Fraktion dem Etat auch zustimmen kann. Dazu zählt die Absenkung des Hebesatzes gegenüber der Haushaltseinbringung von 16,4 auf 16,2 Prozent, was die Zahllast der Mitgliedskörperschaften um rund 36 Millionen Euro reduziert. Mit etwas mehr Mut in der Koalition hätten wir auch die von uns geforderten 16,1 Prozent erreichen können. Die Reduzierung mag angesichts der bereits genannten exorbitanten Erhöhung homöopathisch gering erscheinen. Aber ohne unsere Initiative wäre sie gar nicht gekommen.

Hinzu kommt ein Haushaltsbegleitbeschluss, der uns gleich zu Beginn des neuen Jahres zu einem neuen Haushaltskonsolidierungsprogramm verpflichtet. Es reicht eben nicht aus, sich immer wieder auf vergangene Konsolidierungsmaßnahmen zu berufen. Wir brauchen die Hilfen von Land und Bund, wir müssen aber auch unsere eigenen Hausaufgaben machen, indem wir die Strukturen unseres Haushaltes erneut konsequent durchforsten. Das schulden wir nicht nur unseren Mitgliedskörperschaften, sondern auch uns selbst.

Die krisenhafte Zeit, die uns alle bewegt, lässt mir keine Zeit, noch bedeutende jugend-, schul-, kultur- und gesundheitspolitische Themen anzusprechen, die auch alle wichtige und von uns unterstützte Bestandteile des Haushaltes sind. Angesichts der Kompetenz meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen in den Fachausschüssen erlaube ich mir diesen Mut zur Lücke.

Die LWL-Verwaltungsspitze hat in diesem Jahr neue Gesichter bekommen. Ich danke dem LWL-Direktor Dr. Georg Lunemann herzlich für die sachliche und offene Zusammenarbeit. Unstreitig dürfte sein, dass wir bei der Vielfalt an Themen natürlich auch zu unterschiedlichen Bewertungen kommen und das ist ja auch -das richtige Rollenverständnis vorausgesetzt- gut so. Und es ist keine Drohung, sondern ein Versprechen, lieber Georg, wenn ich Dir sage: Mit der LWLSPD-Fraktion kannst und darfst Du immer rechnen.

Auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, Frau Neyer, als Erste Landesrätin und Kämmerin sind wir sehr gespannt. Der Haushalt 2023 hat leider noch keine Gelegenheit geboten, Sie als Kämmerin kennenzulernen. Das wird bei dem Folgehaushalt dann sicher anders sein.

Besonders bedanken möchte ich mich bei unserem Landesrat Matthias Münning, der nicht nur im LWL, sondern auch bundesweit über anderthalb Jahrzehnte die Sozialpolitik und ganz herausragend die Politik für Menschen mit Behinderungen geprägt hat. Lieber Matthias, Du bist nicht nur ein wirklich langer, sondern auch ein ganz großer Landesrat für Soziales. Wenn Du nun in wenigen Tagen verdienstvoll aus dem Amt scheidest, dann hinterlässt Du in der Tradition sozialdemokratischer Landesräte für Soziales Spuren, die das Leben vieler Menschen besser gemacht haben. Ganz herzlichen Dank dafür und alles erdenklich Gute für Dich.

Mein Dank gilt den weiteren Landesrätinnen und Landesräten ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LWL, wo auch immer sie für Westfalen-Lippe arbeiten. Sie machen unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen gleichwohl einen exzellenten Job.

Und schließlich danke ich auch den Kolleginnen und Kollegen aus allen demokratischen Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit. Bei aller Unterschiedlichkeit in der Sache leben wir ein kulturelles und von Fairness geprägtes Selbstverständnis, das nicht überall so vorzufinden ist. Das kann hoffentlich auch ein Baustein sein, mit dem wir unseren Verband möglichst sicher durch die größte Krise seit Bestehen der Bundesrepublik navigieren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.